Jahresverbrauch: 1,5 Millionen Liter Wasser

Tennisclub Rot-Weiß Linsengericht will nachhaltiger werden, braucht dafür aber hohe Fördersummen

Linsengericht (jol/pfz). Mehr als 400 000 Euro kostet das Nachhaltigkeitsprojekt des Tennisclubs Rot-Weiß Linsengericht, der unter anderem seine Plätze umrüsten will. Die Gemeinde tut sich mit einem Zuschuss schwer, der Hauptausschuss sendet aber ein erstes positives Signal.

Der Tennisclub Rot-Weiß Linsengericht verbraucht pro Jahr ganze 1,5 Millionen Liter Wasser für die Pflege seiner Plätze. Pro Spielfeld sind das 250 000 Liter. Damit soll nach dem Willen der Vereinsverantwortlichen Schluss sein. Der TC will sich klimaneutral und nachhaltig aufstellen, unter anderem mit sogenannten Ganzjahresplätzen. Das würde den Wasserverbrauch fast auf null senken. Doch das Mammutprojekt kostet eine Menge Geld, mehr als 400 000 Euro. Deshalb hätte der Club gerne einen Zuschuss von der Gemeinde Linsengericht. 250 000 Euro und ein Darlehen. Die Kommune ist derweil in finanziellen Schwierigkeiten, plant für das Jahr 2024 mit einem dicken Millionenminus im Etat.

Entsprechend schwer taten sich jetzt die Politiker des Haupt- und Finanzausschusses. Aber sie sendeten zumindest ein positives Signal an den Verein. Eine Absage an den Tennisclub könnte derweil zu Verstimmungen in der Linsengerichter Vereinslandschaft führen: Für insgesamt 360 000 Euro hatte die Gemeinde erst 2022 den Bau eines Kunstrasenplatzes für die SG Altenhaßlau/Eidengesäß gefördert.

Insgesamt beschäftigte sich der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am Mittwochabend im Zuge der Haushaltsberatungen mit drei Anträgen von Vereinen und Organisationen. Während die Mandatsträger grünes Licht für eine neue Empore für den Altenhaßlauer Bürgersaal gaben, wurde rege über das Mammutprojekt des TC Linsengericht diskutiert. Kontrovers debattiert wurde auch ein Antrag für Obst in den Kitas.

Der Tennisclub Rot-Weiß Linsengericht will seine Plätze umrüsten und braucht dafür Zuschüsse. SYMBOLFOTO: DPA

Eine große Zahl Mitglieder des TC Rot-Weiß Linsengericht war am Mittwochabend in die Zehntscheune nach Altenhaßlau gekommen, um sich für die Förderung ihres Projekts starkzumachen. Der Verein will alle Plätze in moderne Ganzjahresplätze für alle Wetterlagen umwandeln. Der Vorteil: „Wir verbrauchen aktuell rund 1,5 Millionen Liter Wasser pro Jahr. Die Zahl würde fast auf null sinken“, sagte der Vorsitzende Hermann Kolossa. Aktuell spielt der TC Rot-Weiß in Altenhaßlau auf Ziegelmehl, das man als klassischen Tennisbelag kennt und oft auch Sandplatz nennt. An die Stelle soll Kunstrasen mit sehr feinem Keramikgranulat rücken, wie Kolossa auf GNZ-Anfrage erklärte. Acht bis zehn Tonnen dieses Granulats kommen auf einen Platz. „Das hat keine negativen Auswirkungen auf die Umwelt und das Grundwasser“, betonte der Vorsitzende. Das Material sei dem Verein vom Hessischen Tennisverband empfohlen worden. Auch die Tennisabteilung von Eintracht Frankfurt rüste ihre Plätze mit diesem Material um. Und der Tennisverein aus Haitz plane dies auch, meinte Kolossa.

Der Vorsitzende erklärte, dass der TC Linsengericht seine Ziegelmehlplätze in Kürze neu herstellen müsste. Kostenpunkt: 20 000 Euro pro Spielfeld, insgesamt also 120 000 Euro. Dieses Material sei aber nicht mehr zeitgemäß: „Es kann ja nicht sein, dass wir Trinkwassernotstand haben und gleichzeitig 1,5 Millionen Liter Wasser auf die Plätze werfen“, so Kolossa. Das könne man dem Grundstückseigentümer, der seinen Garten im Sommer nicht wässern darf, kaum erklären.

Der TC will aber noch mehr auf seinem Gelände erneuern: Zu den Plätzen kommt eine komplette Sanierung des Vereinsheims, auf dem mit Photovoltaik und Speicher eine Splitt-Klima-Heizung versorgt werden soll. Damit ist auch eine Modernisierung der wichtigsten technischen Anlagen und Wasser- sowie Abwasserleitungen geplant. Das Clubhaus und die sechs Plätze wurden im Jahr 1992 erbaut beziehungsweise angelegt.

Bei der Gemeinde beantragte der Verein 250 000 Euro Förderung sowie ein zinsloses Darlehen von 45 000 Euro. Nur mit weiteren Fördermitteln sei es möglich, dieses Projekt umzusetzen, um letztlich einen klimaneutralen Betrieb zu erreichen, so der Vereinsvorsitzende. Auf Ablehnung stieß die Idee zwar bei keiner Fraktion im Finanzausschuss. Gunther Schilling (Grüne) lobte den „grünen Gedanken“, Heinz Breitenbach (Bürgerliste) und Mario Zellmann (CDU) befürworteten das Engagement des Vereins. Erhard Hartmann (SPD) wies darauf hin, dass die Zusammenarbeit mit Schulen und auch dem Behindertenwerk Main-Kinzig forciert werden könnte.

Aber: Aufgrund der Haushaltssituation und der beträchtlichen Summe von 250 000 Euro wollten die drei Fraktionen Bürgerliste, Grüne und CDU keine Zusage geben. Sie stellten sich aber auch nicht dagegen, sodass Detlev Roethlinger und seine SPD den Antrag mit ihren Stimmen annahmen. „Wir wollen ein positives Signal geben“, sagte der Fraktionschef. Allerdings ist diese Signal mit Vorsicht zu genießen, müssen doch die kommenden Beratungen, ein Beschluss durch die Gemeindevertretung und die Genehmigung durch die Kommunalaufsicht für den ganzen Haushalt noch folgen.

Nur kurz ging es am Mittwochabend um den Bürgersaal Altenhaßlau. Die Faschingsvereine „Haselnüss“ und „Fidelios“ hatten gemeinsam eine neue Empore für den hinteren Bereich beantragt. Einstimmig sprach sich der Finanzausschuss dafür aus, im Sinne der Vereine 38 000 Euro in die Hand zu nehmen, um die mehr als 40 Jahre alte Konstruktion, die wegen fehlender Teile nur noch schwer aufgebaut werden kann, zu ersetzen.

Tägliches Obst? Elternbeirat und Kita-Leitungen uneins

Der Gesamtelternbeirat der Linsengerichter Kitas hatte die Idee, kostenlos Obst an die Kindergartenkinder zu verteilen. Dies sah der Ausschuss als Tagesgeschäft, da sei der Gemeindevorstand, das Verwaltungsorgan, zuständig. Bürgermeister Albert Ungermann (SPD) berichtete, dass sich die Kita-Leitungen gegen den „nicht abgesprochenen Antrag“ aussprechen. Heinz Breitenbach von der Bürgerliste erinnerte daran, dass die Gemeinde die Betreuung in den Kindertagesstätten ohnehin mit 5 Millionen Euro pro Jahr subventioniere. Das tue man gerne, aber da sei auch das Ende der Fahnenstange erreicht, so Breitenbach.

Streit im Supermarkt eskaliert

Wechselseitige Beleidigungen und ein gezogenes Messer / Verfahren eingestellt

Gründau (ls). Eine zufällige Begegnung in einem Lebensmittelmarkt in Lieblos mündete in einen Streit, der nun Thema vor dem Amtsgericht Gelnhausen war. Angeklagt war dort ein 42-Jähriger wegen Beleidigung und Bedrohung.

AUS DEM GERICHT

Der Vorfall hatte sich am 10. Mai dieses Jahres zugetragen. Der Mann war nachmittags in dem Geschäft einkaufen, als er mit einer Frau in Konflikt geriet. Im Zuge dessen soll er sie als „blöde Kuh“ bezeichnet, den Satz „Warte ab, du wirst schon sehen“ sowie später außerhalb des Marktes drohend mit einem Messer hantiert haben. So warf es ihm jedenfalls die Staatsanwaltschaft Hanau vor. Vor Richter Wolfgang Ott wies er die Anschuldigungen zurück und schilderte seine Sicht der Dinge. Schon mittags gegen 13.30 Uhr war er das erste Mal in dem Geschäft, um Einkäufe zu tätigen. Dabei will er gesehen haben, wie eine Frau einer Mitarbeiterin zuflüsterte, sie solle eine Taschenkontrolle wegen eines möglichen Diebstahls bei ihm vornehmen. Das habe ihn dermaßen echauffiert, dass er zu Hause seiner Mutter davon erzählte. Sie riet ihm, sich beim Filialleiter zu beschweren. Also schlug er kurz danach ein zweites Mal dort auf, allerdings konnte er den Vorgesetzten nicht antreffen.

Die Sache ließ ihm aber weiter keine Ruhe, weil er sich nach eigenen Angaben „diskriminiert“ fühlte. Daher ging er noch ein drittes Mal an diesem Nachmittag in den Markt und erkundigte sich, wann der Chef wiederkommen würde. Als er dann mit der stellvertretenden Leiterin über den Vorfall reden wollte, stellte sich das spätere Opfer dazu, was ihm missfiel.

In diesem Zusammenhang kam es zu dem Wortgefecht. Ob er sie dabei als „blöde Kuh“ titulierte, konnte er nicht mehr sagen. Allerdings habe er von ihr den Ausdruck „Vollidiot“ eingefangen, was er mit den Worten „Warte mal, du wirst schon sehen“ kommentierte und sie damit nach eigener Aussage auf eine mögliche Anzeige wegen Beleidigung hinweisen wollte.

Danach habe er sich mit seinem Motorroller von dem Geschäft entfernt, sei allerdings in der Nähe auf drei junge Männer gestoßen, die sich provozierend vor ihm aufgebaut hätten. In diesem Zusammenhang habe er dann aus einem Rollerfach zwei Messer hervorgeholt, die er zufällig dabeigehabt habe. Möglich, dass dies die Mitarbeiter des Marktes aus dem Fenster beobachtet haben. Der Vorfall sorgte jedenfalls für einen größeren Polizeieinsatz. Streifenbeamte fanden später das Tatmesser und ein anderes, eingepackt in einen Jutebeutel, versteckt in der Hecke an der Wohnanschrift des Mannes.

Nach der Anhörung einer Zeugin ergab sich, dass die Beleidigungen offenbar tatsächlich wechselseitig stattfanden – und das Hervorholen des Messers abseits des Marktes stattfand und nicht als Bedrohung seitens der Frau aufgefasst werden konnte. Letztlich stellte Richter Wolfgang Ott daher das Strafverfahren gegen den Mann ohne weitere Auflagen ein.

FSV feiert Weihnachten

Linsengericht-Geislitz (re). Der Vorstand des Fußballsportvereins Geislitz lädt alle Mitglieder, Spieler und Gönner zur Weihnachtsfeier am Samstag, 16. Dezember, ab 19 Uhr ins Sportheim an der Eichermühle ein. Auf dem Programm für diesen Abend stehen neben gemütlichem Beisammensein mit Essen und Trinken eine Tombola, ein Schätzspiel und Ehrungen.

IN KÜRZE

In die Ankündigung für die **Weihnachtsfeier des VdK Rothenbergen-Lieblos** hat sich der Fehlerteufel eingeschlichen. Die Veranstaltung beginnt um 14.30 Uhr, nicht um 14 Uhr, im Dorfgemeinschaftshaus in Rothenbergen. Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen. *(pfz)*

Etat muss noch mal durchgerechnet werden

Linsengericht: Der Umgang mit eingeplanten Geldsummen aus vergangenen Jahren sorgt für Mehrarbeit im Rathaus

Linsengericht (jol). Die Gemeinde Linsengericht muss die Entscheidung über den Haushalt 2024 verschieben. Die Gemeindevertretung wird nun nicht am 13. Dezember, sondern nach zwei weiteren Ausschusssitzungen am 30. Januar abstimmen. „Wir müssen den Finanzhaushalt neu planen“, sagte Kämmerer Theo Bock in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Mittwochabend. Hintergrund sind neue Erkenntnisse nach einem Gespräch mit dem Regierungspräsidium Darmstadt und der Kommunalaufsicht das Main-Kinzig-Kreises. Dabei ging es um den Umgang mit den sogenannten Haushaltsresten. Also die Mittel, die in früheren Etats für Investitionen eingeplant wurden, die bis heute aber nicht umgesetzt sind. Das Geld ist also noch nicht ausgegeben.

„Wir hatten in der vergangenen Woche eine Vortrag des Regierungspräsidiums Darmstadt, bei dem auch die Kommunalaufsicht des Main-Kinzig-Kreises dabei war“, sagte Kämmerer Bock. Dabei sei erklärt worden, dass sich der Umgang mit Haushaltsresten und deren Einrechnung in die Liquidität, also die Zahlungsfähigkeit, verändere. Die eingeplanten Mittel aus vergangenen Jahren müssen deutlich nachvollziehbarer dargestellt werden, erklärte Theo Bock. Dazu gehöre es auch, die geplanten Investitionen neu zu bewerten und entsprechend den aktuellen Kosten anzupassen.

Und Haushaltsreste durch nicht umgesetzte, aber beschlossene Projekte hat die Gemeinde Linsengericht in den vergangenen Jahren zahlreich angehäuft. „Diese Arbeit ist kurzfristig nicht zu leisten“, sagte Bock. Vor allem die Berechnung der Liquidität sei wichtig, um eine Genehmigung des Haushalts zu bekommen. Dies sei aktuell schon sehr knapp, und könne nun noch einmal schwieriger werden. Der Vorteil ist, dass die Gemeinde Anfang 2024 mit konkreten Zahlen aus 2023 rechnen kann. So erwartet die Kommune am Ende des Jahres aktuell 8 Millionen Euro an flüssigen Mitteln. Bei der nächsten Sitzung des Finanzausschusses Mitte Januar könne dies genau beziffert werden.

Die aktuelle Entwicklung sei, dass die Gewerbesteuer im dritten Quartal 2023 weiter sehr gut geflossen sei und das Jahresergebnis 2023 sehr viel besser als erwartet ausfallen werde. Das sei aber auch notwendig, um den Ausgleich des Finanzhaushalts zu erreichen. Wie schwer die Aufgabe ist, zeigte sich in den Wirtschaftlichkeitsberechnungen für die Erweiterung des Rathauses und des neuen Feuerwehrhauses Süd-West. Diese bedeuten in den kommenden Jahren alleine durch Tilgung und Zinsen einen hohen Aufwand für die Gemeinde Linsengericht, der allerdings auch nicht zu vermeiden ist. Sowohl Rathaus als auch Feuerwehrhaus sind Pflichtaufgaben. Beide Projekte sollen die Gemeinde zukunftssicher machen.

Aufgrund der neuen Erkenntnisse wird die Ausschusssitzung in der kommenden Wochen abgesagt. Die Anträge der Ortsbeiräte werden ebenfalls im Januar abgehandelt. Was nicht verschoben wird, ist die Erhöhung der Gebühren von Abwasser und Müll. Diese sollen wie geplant am 13. Dezember verabschiedet werden. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmte mit einer Enthaltung jeweils dafür.